Handelskammer zum Haushaltsentwurf 2006

Plädoyer für rigoroses Sparen

Lucien Montebrusco

Die Handelskammer hat gestern auf staatliche Sparmaßnahmen gedrängt. Gleichzeitig legte sie einen umfangreichen Lösungskatalog vor.

Der Handelskammer mangelt es nicht an Selbstbewusstsein. Ihr Gutachten gehöre mit dem Bericht des Staatsrates und dem des parlamentarischen Berichterstatters zu den drei wichtigsten Dokumenten, die zum Budgetentwurf vorgelegt würden, meinte gestern Präsident Michel Wurth vor der Presse.

Auf 150 Seiten analysierten die Experten der Kammer den Staatshaushaltsentwurf. Ihre Schlussfolgerung, wie sie Präsident Wurth zusammenfasste: Das Defizitproblem des Staates ist bedeutend. 1,2 Milliarden Euro, das sei fast der Steuerbetrag, den die Unternehmen zahlten. Zwar habe der Staat noch Reserven, die seien aber in zwei Jahren aufgebraucht.

Die Regierung sei sich der Situation bewusst, stellte Carlo Thelen, Chefökonom der Handelskammer, fest. Ob das aber für strukturelle Reformen reiche? Die Tripartite müsse schnell zu Schlussfolgerungen gelangen, andernfalls die Regierung ihre Verantwortung übernehmen müsse.

Als wichtigste Ursache für das wachsende Staatsdefizit nennt die Kammer das automatische Anwachsen der Ausgaben, was auf Gesetze und Konventionen zurückzuführen sei. Gleichzeitig seien große Einnahmeeinbußen bei der Mehrwertsteuer zu verzeichnen (allein im Jahr 2005 537 Millionen Euro). Zwar verfüge der Staat noch über etliche Spezialfonds, doch 2006 werde daraus mehr geschöpft als eingespeist. Würden alle Projekte wie geplant realisiert, schrieben die Fonds im Jahr 2009 ein Defizit von 335 Millionen Euro.

Foto: Fabrizio Pizzolante

Michel Wurth, Präsident der Handelskammer: 1,2 Milliarden Euro Staatsdefizit - so viel zahlen die Unternehmen an Steuern

„Luxemburg muss aus der Index-Falle"

Als Heilmittel schlägt die Handelskammer vor, die Staatsausgaben wie auch die Beiträge in die Sozialversicherung nicht mehr automatisch der Preis- und damit der Indexentwicklung anzupassen.

Diese Sparmaßnahme gehört zu jenen, die die Handelskammer als hoch wirksam, aber politisch schwer durchsetzbar bezeichnet. Dazu zählt sie ebenfalls eine

- eine tiefgreifende Verwaltungsreform und eine Modernisierung des Beamtenrechts;
- eine Neubestimmung des Lehrauftrags, wobei die Wochenarbeitszeit für Lehrer angehoben werden könnte;
- die Abschaffung der Erziehungszulage (Mammerent);
- eine Begrenzung der Familienzulagen und Zinszuschüsse je nach Haushalteinkommen;
- eine Reform der Pflegeversicherung;
- Einschnitte beim Elternurlaub.

Weitere Spareffekte erhofft sich die Handelskammer ebenfalls durch

- **eine stärkere Zusammenarbeit** mit Privatunternehmen bei der Schaffung und beim Unterhalt öffentlicher Einrichtungen („public-private-partnership");
- durch die Förderung der privaten Zusatzrenten;
- bei der Herabsetzung der staatlichen Beitrags zur Finanzierung kommunaler Einrichtungen.

Als weitere Vorschläge, die zwar weniger Einsparpotenzial bieten, dafür aber politisch leichter durchzusetzen sind, nennt die Handelskammer:

- eine Anhebung des Tarifs **beim Ausstellen des Reisepasses;**
- eine höhere Besteuerung der Pkws mit hohem CO_2-Ausstoß;
- eine Preiserhöhung für den öffentlichen Transport;
- eine Anhebung der Preise in den Kinderhorten.

Die letztgenannten Maßnahmen müssten indexneutral sein.

Die Handelskammer drängt auf rasche Entscheidungen. Doch die Regierung habe derzeit noch keine Strategie zur Defizitreduzierung, bedauert Thelen. Präsident Wurth mahnt eine „Trendwende" und Strukturreformen an. Durch eine Desindexierung müsse Luxemburg aus der Index-Falle raus.

-> Der Handelskammer gehören alle in Luxemburg tätigen Betriebe mit Ausnahme der Landwirtschaft und des Handwerks an.
Sie zählt derzeit 35.000 Mitglieder.

Handelskammer-Präsident **Michel Wurth**

„Wir müssen besser sein"

Über das wirtschaftliche Umfeld hat sich die Handelskammer mit Ausnahme des Handelssektor nicht zu beklagen. Die Industrieproduktion legt zu; die Finanzmärkte weisen gute Ergebnisse auf; Transport und Kommunikation entwickeln sich; der Gaststättensektor ist durch die EU-Präsidentschaft „gedopt". Und die Prognosen für 2006 seien relativ gut, stellt die Kammer fest. Sorgen bereitet aber die Entwicklung der Erdölpreise. Und auch mit der Inflation habe man so seine Probleme. „Die Regierung muss eine anti-inflationäre Politik betreiben", so Carlo Thelen. Die Konkurrenzfähigkeit sei aber in den letzten Jahren zurückgegangen, beklagt sich die Handelskammer. „Es reicht nicht zu sagen, man gehöre nicht zu den schlechtesten. Wir müssen besser sein", so Kammerpräsident Wurth.